

Labour verstaatlicht British Steel

China reagiert scharf: Der Konflikt um den Hochofen in Scunthorpe wird zum diplomatischen Streitfall

Von Jörg Kronauer

Nun schaltet sich auch noch das chinesische Außenministerium in den erbitterten Streit um British Steel ein. Das Traditionsunternehmen, das in Scunthorpe nordöstlich von Sheffield Primärstahl produziert und sich zuletzt im Besitz des chinesischen Konzerns Jingye befand, war am vergangenen Donnerstag in einer der letzten Amtshandlungen der Regierung unter Premierminister Keir Starmer verstaatlicht worden. »China fordert das Vereinigte Königreich eindringlich auf«, hieß es nun in einer Erklärung des Außenministeriums vom Wochenende, »die Grundsätze des Marktes und den Geist der Verträge zu respektieren und Lösungen für Entschädigungs- und andere Fragen zu finden, die für beide Seiten annehmbar sind«. Weiter hieß es, chinesische Investoren beobachteten den Fall genau; wie die britische Regierung den Konflikt handhabe, werde Auswirkungen auf ihre Beurteilung Großbritanniens als Standort für etwaige künftige Investitionen haben.

Die Auseinandersetzungen um den Hochofen in Scunthorpe, den letzten in Großbritannien, der noch Primärstahl aus Eisenerz und Koks produziert, dauern schon lange an. Das 1988 privatisierte Werk war 2007 in den Besitz des indischen Konzerns Tata Steel gelangt, der es 2016 inmitten einer Krise für ein symbolisches Pfund an den Investor Greybull Capital verscherbelte. Dieser wiederum wollte es schließlich liquidieren lassen. Premierminister Boris Johnson gelang es im Jahr 2020, mit Jingye einen Käufer zu finden, der es für 70 Millionen Pfund erwarb. Jingye wollte das Stahlwerk für viel Geld modernisieren und verhandelte mit der Regierung über Subventionen. Die Verhandlungen waren dem Vernehmen nach fast abgeschlossen, als im Sommer 2024 Starmer die Regierung übernahm. Danach begann der Verhandlungsprozess von vorn. Jingye habe hohe Forderungen gestellt, ist zu hören; freilich sei das in der Branche verbreitet gewesen: Auch Tata Steel habe für sein Stahlwerk in Port Talbot in Südwales immense Staatsgelder eingestrichen. Das habe Tata Steel nicht daran gehindert, Port Talbot letztlich zu schließen.

Als Jingye im April 2025 nicht weiter warten wollte und drohte, Scunthorpe ebenfalls dichtzumachen, übernahm die Regierung die operative Kontrolle und entmachtete damit den chinesischen Konzern. Sie nahm das letzte Angebot aus London, das Stahlwerk für 50 bis 100 Millionen Pfund zu erwerben, nicht an. Zur Erklärung hieß es, man habe weitaus höhere Ausgaben getätigt, um den Hochofen am Laufen zu halten. Der Eindruck, als chinesisches Unternehmen womöglich schlechter behandelt zu werden als zuvor in Port Talbot die indische Tata Steel, mag zu der Ablehnung des Angebots beigetragen haben. Die

Regierung in London trieb nun entschlossen ihre Vorbereitungen zur Verstaatlichung des Stahlwerks voran, die sie am Donnerstag schließlich realisierte. Getrieben wurde sie dabei von zweierlei Motiven. Zum einen ging es darum, in einer für Labour ohnehin desaströsen Lage die Schließung einer weiteren Fabrik und den Verlust von 2.700 Arbeitsplätzen zu verhindern. Zum anderen nähme beim Verlust eines weiteren Stahlwerks Großbritanniens Abhängigkeit vom Ausland bei industriell unverzichtbaren Grundstoffen noch mehr zu.

Dass Scunthorpe sich jetzt in Staatsbesitz befindet, klärt allerdings noch nichts. Das Werk verzeichnete zuletzt regelmäßig hohe Verluste. Ob es wieder rentabel gemacht werden kann, ist nicht ganz klar. Günstig wirkt sich aus, dass Großbritannien im Windschatten der EU hohe Zölle auf die Einfuhr von Stahl verhängt und die Importquoten halbiert hat; das verringert den Druck auswärtiger – auch chinesischer – Konkurrenz auf den Hochofen. Gewerkschaften fordern, bei staatlichen Baumaßnahmen solle künftig nur noch britischer Stahl genutzt werden, um Scunthorpe – und anderen britischen Werken – Perspektiven zu bieten. Darüber hinaus sollten, wie der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes TUC, Paul Nowak, erklärte, »die Energiekosten für die Industrie gesenkt werden«. Dazu wären womöglich neue staatliche Eingriffe erforderlich. Der am Montag ins Amt gelangte neue Premierminister Andy Burnham hat im Grundsatz mehr staatliche Kontrolle über die Wirtschaft versprochen. Allerdings muss auch noch der Konflikt mit Jingye beigelegt werden. Der Konzern verlangt Entschädigung – und will nicht schlechter behandelt werden als die indische Konkurrenz.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526474.geo-und-energiepolitik-labour-verstaatlicht-british-steel.html>